

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Inge Wettig-Danielmeier MdB beschreibt den Kampf der Frauen um die Mitwirkung in deutschen Parlamenten: Ein Rückblick auf 75 Jahre.

Seite 1

Dokumentation:

Johannes Rau hat am 11. Februar, dem 75. Jahrestag der Wahl Friedrich Eberts zum deutschen Reichspräsidenten, in Weimar gemahnt, die Vergangenheit um der Zukunft willen gemeinsam aufzuarbeiten. Wortlaut

Seite 4

49. Jahrgang / 33

17. Februar 1994

Frauen in deutschen Parlamenten Ein Rückblick auf 75 Jahre

Von Inge Wettig-Danielmeier MdB

Die Nationalversammlung war erregt, als mit Marie Juchacz am 19. Februar 1919 die erste Frau in einem deutschen Parlament das Wort ergriff. Zuvor hatte der preußische Kriegsminister Oberst Reinhardt über die Umstände des Mordes an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht der Nationalversammlung berichtet. Ein zutiefst verlogener Bericht, wie wir heute wissen, was damals auch schon viele Abgeordnete vermuteten. In der nachfolgenden Debatte ging es dann wieder um die Regierungserklärung der neuen Regierung Scheidemann (SPD). Marie Juchacz' Rede bleibt bis heute eine Zierde unter den Reden in deutschen Parlamenten. Sie spricht über die Frauenfrage, über die soziale Lage von Frauen und Hinterbliebenen nach dem gerade beendeten Krieg und setzt sich mit der konservativen Legendenbildung auseinander: "Dem Tüchtigsten freie Bahn. Das ist die Parole, die auch wir zu jeder Zeit anerkennen. Aber es ist in Preußen-Deutschland nicht so gewesen, wie der Herr Graf von Posadowsky es hier hat hinstellen wollen. Wo waren denn die sozialdemokratischen Schöffen und Geschworenen, wo hat man denn sozialdemokratische Lehrer gefunden in dem Lande, in dem nicht einmal ein sozialdemokratischer Nachtwächter angestellt werden konnte?... Ich habe noch nicht oft davon gehört, daß Söhne und Töchter von Arbeitern und von Tageelöhnern in höhere staatliche Dienste genommen worden wären. Welche Landräte, welche Regierungspräsidenten, welche Staatssekretäre und Minister sind denn unter dem alten System aus so einfachen Verhältnissen hervorgegangen? Können Sie solche nennen? Ich bezweifle es. Hatten wir Offiziere aus Arbeiterkreisen? Nein, die hatten wir nicht."

Mit Marie Juchacz waren am 19. Januar 1919 36 Frauen (19 SPD; 5 Zentrum; 5 DDP; 3 DNVP; 1 DVP; 3 USPD) in die Nationalversammlung eingezogen, denn am 19. Januar konnten nicht nur die Frauen in Deutschland erstmals wählen, sie konnten auch gewählt werden. Vor 75 Jahren betrat Frau die politische Bühne. Der Einstieg mit 10,7 Prozent weiblichen Abgeordneten in der Nationalversammlung war nicht zu übersehen, aber in den folgenden vierzehn Jahren bis zum Untergang der Weimarer Republik 1933 wurde der Frauenanteil nicht verbessert. Außerdem gelangten die Parlamentarierinnen über das Abgeordnetenamt nicht hinaus. Die tüchtige Marie Juchacz wurde

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 190167, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kreisverleger-Lizenz
mit wertvollem Recycling-
Papier



in keiner sozialdemokratisch geführten Reichsregierung Ministerin und auch den anderen weiblichen Abgeordneten gelang nicht der Sprung in ein Regierungsamt; weder einer Reichsregierung noch einer der vielen Länderregierungen gehörte eine Frau an.

Als 1945/46 nach dem Ende des Nationalsozialismus an die Weimarer Zeit angeknüpft wurde, war es selbstverständlich, daß Frauen Parlamentsmandate erhielten, doch nirgendwo wurde der Weimarer Frauenanteil übertroffen. Der erste Deutsche Bundestag startete 1949 mit einem Anteil von 7,1 Prozent Frauen. Eine minimale Veränderung gab es bei den Regierungsämtern: Die Weimarer Politikerinnen Louise Schröder (SPD) und Christine Teusch (Zentrum/CDU) übernahmen Ministerien. Sie blieben jedoch Einzelfälle, nur in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg gab es noch Senatorinnen. Erste Bundesministerin wurde 1961 Elisabeth Schwarzhaupt (CDU), der Bundestag wählte 1965 mit Maria Probst (CSU) zum erstenmal eine Vizepräsidentin. Für die Bundesländer galt Fehlanzeige. In den Flächenstaaten keine Ministerinnen - Ausnahme: Maria Meyer-Severich von 1965 bis 67 -, keine Präsidentinnen und Vizepräsidentinnen in den Landtagen, und bei den Oberbürgermeisterinnen und Landrätinnen blieb unter Hunderten von Posten nur Luise Albertz (SPD) in Oberhausen die Vorzeigefrau.

Der absolute Tiefpunkt für Frauen in Ämtern und Mandaten wurde Anfang der siebziger Jahre erreicht: 5,8 Prozent im Bundestag, in manchen Landtagen nur ein oder zwei Frauen; im Zwei-Prozent-Bereich bewegte sich dort der Frauenanteil. Dieser Ist-Zustand stand im Gegensatz zum tatsächlichen Emanzipationsstand der Frauen. Qualifikationsgrad und Engagement der Frauen hatten an Breite gewonnen, so daß ein mehr an Beteiligung eingefordert wurde.

Willy Brandt erzwang einen Durchbruch

Aber Resolutionen und Absichtserklärungen bewirkten wenig: Eine geringe Steigerung bei den Parlamentsmandaten und einige Landesregierungen gingen zum Gruppenbild mit Dame über. Erste Überlegungen zu einer satzungsgesicherten Quote entstanden, die jedoch zurückgestellt wurden, weil die SPD-Frauen die Gleichstellung ohne Quote erreichen wollten. Einen Durchbruch erzwang dann Willy Brandt, als er seine Kandidatur an der Spitze der SPD-Europawahlliste 1979 davon abhängig machte, daß 25 Prozent der sicheren Plätze mit Frauen besetzt werden müßten. In den Jahren danach gewann die Diskussion an Schärfe. In den großen Parteien bewegte sich wenig, während die Grünen mit dem Reißverschlussverfahren bei ihren Listen (Frau-Mann-Frau), der Frauenliste und dem Feminat demonstrierten, wie die Forderung "Mehr Frauen in politische Ämter" realisiert werden kann. Quantitativ erhöhte sich der Frauenanteil in deutschen Parlamenten dadurch nur gering, aber die Praxis der Grünen wirkte als Katalysator.

Nach der Bundestagswahl 1983 reagierte dann die SPD. Ihr Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel hatte schon mit der großen Zahl von Frauen in seinem Regierungsteam ein Zeichen gesetzt, das er mit der Umstrukturierung der Spitze der Bundestagsfraktion wiederholte. 1985 beschloß schließlich die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) die Quotenforderung, die mit den Parteitagen von Nürnberg (1986) und Münster (1988) verpflichtend in die SPD-Satzung aufgenommen wurde. Die Zeit war offensichtlich reif für dieses strenge Instrument, nachdem jahrzehntelang mit Forderungen und gutem Zureden wenig erreicht worden war.

Obwohl die öffentliche Zustimmung zum Quotenbeschluß groß war, äußerten CDU/CSU und FDP Distanz, sie wollten die Frauenförderung in der Politik weiterhin mit traditionellen Mitteln betreiben. Unter Druck geriet diese Haltung erst, nachdem die SPD rasch mit Erfolgen aufwarten konnte: Glänzten die paritätisch besetzten Regierungsteams für die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein (1983 und 1987) und Niedersachsen (1986) mehr optisch, da die Regierungen nicht gebildet wurden, so beeindruckte doch der Sprung im Frauenanteil auf über zehn Prozent in allen neu gewählten Landtagen. Auch die Beteiligung der Frauen an Spitzenämtern verschiebt sich. Auf einmal gibt es Vizepräsidentinnen, ja sogar Landtagspräsidentinnen, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und 1989 bildet Walter Momper in Berlin einen rot-grünen Senat, der fast paritätisch aus Männern und Frauen besteht; einen hohen Frauenanteil hatte

schon das erste Kabinett Björn Engholms. Ihnen folgen Gerhard Schröder, Hans Eichel und Rudolf Scharping mit deutlich gestiegenem Frauenanteil in den Landesregierungen.

Die Quote bei der SPD und der öffentliche Druck auf die anderen Parteien verändert 1990 auch den Bundestag. Mit 136 oder 20,5 Prozent Frauen wird das Maß der Nationalversammlung von 1919 zum erstenmal deutlich übertroffen. Unter den Fraktionen gibt es jedoch Unterschiede: Die SPD-Fraktion erreicht einen Anteil von 27 Prozent, die CDU/CSU von 14 Prozent und die FDP von 20 Prozent.

Wenige Jahre nach ihrem Beschluß hatte die Quote und ihre Ausstrahlung die weibliche Präsenz im Bundestag, in den Landtagen und in den Regierungen mehr als verdoppelt, wenn auch die Idealgrenze Parität oder mindestens 40 Prozent der Mandate entfernt lag. Stärker noch hat sie auf der kommunalen Ebene gewirkt, denn sie bereitete Tausenden von Frauen die Bahn zu einem Rats- oder Kreistagsmandat. Mit der Folge, daß es inzwischen nicht nur ein Dutzend Oberbürgermeisterinnen, Bürgermeisterinnen und Landrätinnen gibt, sondern daß die Zahl weit über Hundert angewachsen ist; die Stellvertreterinnen in diesen Ämtern nicht gezählt.

Trotz dieses Erfolges auf breiter Basis bleibt die weibliche Präsenz in Ämtern und Mandaten ungesichert. Dem Fortschritt von 40 Prozent sicheren Frauenplätzen auf der SPD-Liste für die nächste Europawahl steht die Stagnation bei den Frauenkandidaturen für den am 16. Oktober zu wählenden Bundestag gegenüber: Die SPD wird mit Mühe die 30-Prozent-Marke überspringen und bei der Union könnte sogar ein Rückgang eintreten. Auch die schon aufgestellten Kandidaten und Listen für die zahlreichen Landtagswahlen des Jahres 1994 bestätigen diesen Trend. Bei der Listenaufstellung für den niedersächsischen Landtag haben die CDU-Frauen gerade eine spektakuläre Niederlage erlitten. Der Ministerinnenanteil in den Landesregierungen bröckelt bei jeder Um- oder Neubildung ab. "Rückkehr zur Normalität" wird diese Wende euphemistisch bezeichnet. Vielleicht, doch zeigt diese Umkehr auch verloren gegangenen Schwung und Rückzug von aktiven Frauen ins Private an. Unübersehbar ist die gesunkene Bereitschaft des männlichen Teils in den Parteien, zu den frauenpolitischen Beschlüssen zu stehen. Die neuen Bundesländer verstärken diesen Trend noch einmal, denn dort hat der Wegfall der starren SED-Frauenförderung zu einem Vakuum geführt. Während die Männer die Chancen des demokratischen Systems nutzen, werden die Frauen durch die veränderte wirtschaftliche und soziale Lage in Resignation und Privatheit abgedrängt.

Die Quote mit einer dynamischen Politik einlösen

Was ist zu tun, heißt nun die Frage. Bis 1998 besteht in der SPD die Verpflichtung, einen 40-prozentigen Frauenanteil in Ämtern und Mandaten zu erreichen, daran darf nicht gerüttelt werden. Mit einer dynamischen Politik ist diese Verpflichtung auch einzulösen. Ein knappes Jahrzehnt aktiver Frauenförderung lehrt uns aber auch, daß die Aktionen von SPD und Grünen nicht ausreichen, um nachhaltig etwas zu verändern. Solange deren Fortschritte von Stagnation oder Rückschritt bei der Union und den Liberalen begleitet werden, ändert sich zu wenig. Deshalb findet die Ankündigung der Vorsitzenden der CDU-Frauenunion, Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, unsere Unterstützung, wenn sie nach enttäuschenden Kandidatenaufstellungen in der CDU etwas Ähnliches wie die Quote fordert. Der Phantasie nur freien Raum, aber vor Illusionen ist zu warnen, ohne harte Verpflichtungen bewegt sich nichts.

Ohne weitere Bewegung könnten die Frauen am 100. Jahrestag der ersten Frauenrede in einem deutschen Parlament wieder beim Stand von 1919 angelangt sein.

(-/17. Februar 1994/rs/ks)

(Die Autorin ist Bundestagsabgeordnete seit 1990, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen von 1981 bis 1992, Schatzmeisterin der SPD seit 1991).

DOKUMENTATION

Über Weimar nachdenken - um unserer Zukunft willen

Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und stellvertretender SPD-Vorsitzender, hat die Deutschen gemahnt, die Vergangenheit um ihrer Zukunft willen gemeinsam aufzuarbeiten. Als Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte eröffnete der SPD-Politiker damit am 11. Februar die Ausstellung "Die Deutsche Revolution 1918/19" in Weimar. An diesem Tag vor 75 Jahren hatte die Nationalversammlung in dieser thüringischen Stadt Friedrich Ebert zum ersten deutschen Reichspräsidenten gewählt.

Wir haben in Heidelberg an Friedrich Ebert gedacht und sein Leben nachzuzeichnen versucht, und wenn man an seinem Grab steht, blickt man auf das von Max Weber und auf das von Alfred Weber in unmittelbarer Nähe. Da hat man an den 9. November gedacht an dem Philipp Scheidemann, festgehalten am Rock, die Republik bekannt gab. Am Sonntag ist hier erinnert worden an das erste Zusammentreten der Weimarer Nationalversammlung und heute ist nun der 75. Jahrestag der ersten Wahl eines demokratischen Präsidenten, eines republikanischen Präsidenten, des Sozialdemokraten Friedrich Ebert.

Deutschland und seine Revolutionen, das ist ja in der Geschichte eigentlich immer eine Geschichte des Scheiterns gewesen. Und eigentlich hat erst der 9. November 1989 das geändert. Es scheint, als hätten die Deutschen und zwar die Deutschen im Osten, nicht wir in der alten Bundesrepublik, ihr Verhältnis zur Revolution vom Kopf auf die Füße gestellt.

Viele hatten bis dahin gegläntzt mit Hegel und Marx als den Theoretikern der Revolution, aber da an diesem 9. November, da hatten Deutsche als Praktiker des Umbruchs ihr Schicksal in eigene Hände genommen. Man nennt das die Wende.

Aber in Wendezeiten liegen Erfolg und Scheitern ganz nah beieinander. Das zeigt die Deutsche Revolution des Jahres 1918/19 auf eine einmalige, beispielhafte Weise. Sie ist in allem, was sie hervorgebracht hat, ein Lehrstück deutscher Geschichte, und sie hat die Demokratie in unserem Land bis heute geprägt. Das zeigt sich in den vielen bewegenden Bildern und in den spannenden Dokumenten der Ausstellung, die wir heute eröffnen wollen.

Wir tun das - in den bisherigen Reden ist davon gesprochen worden - auf historischem Grund, in der Stadt, der die erste deutsche Republik ihren Namen verdankt, in der Stadt, in der vor 75 Jahren Friedrich Ebert gewählt wurde. Weimar, das lag ab vom politischen Wirbelsturm, der damals durch das deutsche Reich fegte, hier war es ruhig. Das revolutionäre Geschehen spielte sich in jenen Wochen und Monaten an anderen Orten ab: in Berlin und Kiel, in München und in Braunschweig, um nur einige zu nennen.

Aber es war ja nicht nur die relative Ruhe, die das Parlament nach Weimar zog. Sondern Weimar, das war auch die Stadt der Dichter und Denker, der Ort philosophischer Vernunft und dichterischer Großherzigkeit. Friedrich Ebert wollte, daß etwas von diesem "Geist von Weimar" mit der neuen Demokratie und ihren künftigen Trägern verbunden sein sollte. Er wollte humanistischen Großmut und nicht wilhelmischen Hochmut. Das sollte das Profil des neuen Staates sein. Wir wissen heute, daß diese Hoffnung getrogen hat. Die anfangs friedliche Revolution endete auf den Barrikaden des Bürgerkrieges. Und die Republik, die sie hervorgebracht hat, ist gescheitert und mit ihr auch die Chance, Freiheit und Solidarität in Demokratie zu verwirklichen.

Die Fundamente dieser Republik waren nicht fest genug gefügt, aber vor allem hatte sie keinen Anker in dem Herzen und im Gefühl der Deutschen. Sie hatte schon bald mehr Gegner als Anhänger. Nicht Hitlers Aufstieg hat die Republik zerstört, sondern die Agonie der Republik hat seinen Aufstieg möglich gemacht. Und wir wissen heute, zwangsläufig ist dies Scheitern der

Weimarer Republik nicht gewesen. Es hatte vielmehr damit zu tun, daß den Deutschen die Vergangenheit nicht vergehen wollte, daß sie ihre Gegenwart nicht annahmen und daß sie damit ihre Zukunft verspielten.

Das ist ein sozialpsychologischer Vorgang, den man in Umbruchsituationen beachten muß - damals wie heute. Und darum sind die Fragen nach der Ausgangslage der ersten deutschen Demokratie aktueller als manche das meinen.

Es ist also nicht bloß historische Neugier, wenn wir uns fragen, welchen Weg hat die Weimarer Republik genommen, welche Chancen lagen in der Revolution von 1918/19 und warum ist sie schließlich verspielt worden, diese Chance? Es nahm sich alles am Anfang so leicht aus. In meiner Heimat erschien am 10. November ein Gedicht in der Essener Arbeiterzeitung, da heißt es:

"Die Republik, die Republik
Herrgott das war ein Schlagen,
das war ein Sieg aus einem Stück.
Das war ein Wurf, die Republik
und alles in drei Tagen..."

Wenige Monate später war die Lage völlig verändert. Der 20jährige Student Gustav Heinemann schreibt damals in einem Zeitungsartikel, "die Demokratie steht wieder auf dem Spiel. Und es warnte der großbürgerliche Sohn und spätere Vorstandsvorsitzende eines Stahlkonzerns "vor der Spaltung der Gesellschaft in Klassen" und vor einem "rücksichtslosen Kampf der politischen Lager".

Es ist in der Tat so: Der Umbruch des Alten und der Aufbruch ins Neue mündeten in den Bürgerkrieg. Zuerst formiert sich auf der äußersten Linken dann auf der Rechten die Gruppe der Feinde dieser Demokratie. Die rechten Extremisten lasten den Bankrott der Monarchie den republikanischen Kräften an, obwohl sie sie selber verschuldet haben: Den Sozialdemokraten, dem Zentrum, den Linksliberalen.

Versailles war kein Karthago-Friede

Und der Friedensvertrag von Versailles tut ein übriges. Seine wirtschaftlichen Bedingungen waren bitter und hart. Wir wissen aber heute: daß war kein Karthago-Friede, der den Deutschen alle Möglichkeiten eines Wiederbeginns genommen hätte.

Gewiß: Die Sieger waren politisch und psychologisch ungeschickt. Aber viele Deutsche, gerade in den damals führenden Kreisen, hatten nur zu gern Versailles als Vorwand dafür genutzt, selber nicht umdenken zu müssen.

Der Historiker Gerhard Ritter hat nach dem Zweiten Weltkrieg darauf verwiesen, welche Möglichkeiten der Völkerbund den Deutschen geboten hätte, der ja auch zum Versailler Vertragswerk gehörte. "Die besten Chancen", so Ritter, "für eine kluge besonnene und geduldige Politik, die für unseren Staat nichts anderes erstrebte, als ihn zur friedenssichernden Mitte Europas zu machen."

Nur wenige hatten die Chance erkannt, die im Völkerbund lag. Dazu gehörte Gustav Stresemann. Die meisten Deutschen wollten mit dem Hinweis auf Versailles den deutschen Sonderweg gehen. Lassen Sie es mich ein wenig überspitzt sagen. Die Kirchturmspolitik, die es damals gab, orientierte sich mehr an der Potsdamer Garnisonskirche als an der Frankfurter Paulskirche.

Das hat dazu geführt, daß Weimar einen schlechten Stand bekam. Die Kommunisten fanden sich im Zeichen der Weltrevolution, sie waren heilsgläubig und moskauhängig. Sie erwarteten, daß die allgemeine Erhebung des Proletariats auf Deutschland überspringe und als das nicht geschah, nahmen sie den erbitternden Kampf gegen die Republik auf und die Demokraten hatten von ihnen nichts zu erwarten.

Auf der anderen Seite, auf der anderen Seite der Kommunisten, sammelten sich unter dem Banner einer nationalen Revolution bald diejenigen, die die Republik als 'undeutsch' ablehnten und die das Parlament die 'Schwatzbude' nannten. Für sie bedeutete 'der Westen Deutschlands Tod', so hatte es Ernst Niekisch formuliert. Politischer Pragmatismus und die Kultur des Westens, das traf auf tiefe Ablehnung, ja auf Verachtung. Werner Sombarts hat einmal gesagt, viele Deutsche wollten damals nicht 'Händler' werden, sondern 'Helden' bleiben. Und sie wollten die Augen davor schließen, daß das Desaster von 1918 verschuldet, verkettet war mit dem nationalen Rausch vom 1. August 1914.

Die wenigsten wissen heute: Die Weimarer Republik hat sich wahrscheinlich intensiver als die frühere Bundesrepublik mit den zurückliegenden Jahren und ihrer Bedeutung für das Selbstverständnis der Deutschen beschäftigt. Es gab einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Weimar, der 12 Jahre lang stritt über die Ursachen des 1. Weltkrieges und des Zusammenbruchs. Die Ergebnisse, die scheinbaren Ergebnisse, dieses Untersuchungsausschusses hatten zwei verhängnisvollen historischen Legenden höhere parlamentarische Weihen verliehen. Der überzogene Schuldvorwurf der Sieger bot den bequemsten Ausweg, schlichtweg alle Verantwortung am Ausbruch des Kriegs zu leugnen. Der Zusammenbruch von 1918 wurde erklärt mit dem sogenannten Dolchstoß der Linken in den Rücken des kämpfenden Heeres. Sebastian Haffner hat diese beiden Argumente einmal 'die Selbstvergiftung eines Volkes durch eine politische Lebenslüge' genannt.

Mit solchen Geschichtslegenden - Haß und Mißgunst nach innen und nach außen - konnte nichts Gutes gedeihen. So wurde die Anti-Versailles-Stimmung eine Klammer, die fast alle Deutschen von links bis rechts einte, aber die Zwingkräfte dieser Klammer waren destruktiv. Sie zerrieben das demokratische Bewußtsein, das ohnehin schwach entwickelt war.

Meine Damen und Herren, wir dürfen darüber nicht vergessen: Es gab in Weimar auch Politiker, die die Republik verteidigt haben. Wenige von ihnen hatten das so stark getan wie Friedrich Ebert auch mit dem Herzen, die meisten hatten es nicht minder mutig aus Vernunft getan, wie der Zentrumspolitiker Mathias Erzberger und der Liberale Walter Rathenau. Sie waren Symbolfiguren der Republik und darum den Hetzkampagnen einer Opposition ausgesetzt, die sich national nannte, die aber tatsächlich gegen die Interessen der Deutschen wirkte. Erzberger und Rathenau fielen Attentaten zum Opfer, deren Täter aus dem Dunstkreis der nationalen Rechten kamen. Ebert wurde in den Tod getrieben durch die ständigen Verleumdungen, von denen wir schon gehört haben.

Die etwas hätten ändern können, fanden sich ab

So ist die Demokratie von Weimar schließlich zugrunde gegangen, weil sie die Gegenwart schwarz malte und die Vergangenheit in Glanz und Glorie verklärte, weil es zu wenig Demokraten gab und unter den Demokraten zu viele Vernunft- und zu wenige Herzensrepublikaner, weil es an Zivilcourage fehlte und vor allem an Bürgersinn. Diejenigen, die etwas hätten ändern können, wurden immer passiver, sie fanden sich ab.

Dazu kam die Vorherrschaft der alten Kräfte in der Reichswehr in der Bürokratie und in der Gesellschaft, von der Bernhard Vogel soeben schon gesprochen hat. Der Klassenkampf war offenbar nicht nur ein linkes Schlagwort, sondern er war auch gesellschaftlich Wirklichkeit. Es gab Klassenjustiz, es gab Klassenkampf von oben. Der bürgerliche Mittelstand sah sich bedroht in seiner Existenz durch Inflation und Weltwirtschaftskrise. Zunehmend enttäuscht wanderte der Mittelstand aus der Verfassungsordnung aus und flüchtete in das Lager der nationalistischen Opposition. Soweit meine Damen und Herren, die historische Bestandsaufnahme. Sie gibt auch eine Antwort auf die Frage der historischen Alternative.

Wenn Weimar als Demokratie hätte erfolgreich sein können und sollen, dann hätte es eines starken Bündnisses bedurft zwischen demokratischer Arbeiterbewegung und demokratisch gesinntem Bürgertum. Aber die Brücken, die Demokraten wie Friedrich Ebert, wie Erzberger

und Walter Rathenau über die breite soziale und politische Kluft zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft zu schlagen versuchten, hielten deshalb nicht lange, weil sie nicht auf festen sozialen Pfeilern ruhten.

Also haben alle Erben Weimars zur historischen Selbstkritik Anlaß, aber nicht so sehr um der Vergangenheit Willen, sondern um unserer Zukunft Willen.

Am Beginn der Bundesrepublik Deutschland hat keine Revolution gestanden. Aber die zweite deutsche Demokratie hat dauerhafte Stabilität erlangt. Parlamentarismus, demokratische Parteien haben in den vergangenen vier Jahrzehnten viel erreicht. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ist die parlamentarische Demokratie westeuropäischer Prägung in Deutschland fest verankert. Zum ersten Mal hat sich in Deutschland eine zivile, bürgerliche Gesellschaft gebildet, die Abschied genommen hat vom völkisch verengten Gemeinschaftsideal.

Ich bin überzeugt davon, diese Wegmarken können auch dem vereinten Deutschland auf seinem Weg in die Zukunft Orientierung geben, wenn wir sie im demokratischen Alltag nicht aus dem Blick verlieren. Wenn sie also nicht nur unser Reden bestimmen, sondern wenn sie unser Handeln leiten. Dann werden wir auch Parteienverdruß und -verdrossenheit wirksam begegnen, und dann nehmen wir dem politischen Irrationalismus viel von seiner Wirkung.

Wir wissen aus unserer Geschichte doch, wer Krisen, wer Orientierungslosigkeit, wer soziale Probleme verdrängen will durch Appelle ans Nationale, der geht größere Risiken ein, als ihm bewußt sein mag.

Also nicht die Flucht in den Mythos der Nation, sondern die Herstellung von Solidarität muß wieder zum Markenzeichen praktischer Politik im vereinten Deutschland werden. Solidarität zwischen West und Ost, zwischen alten und neuen Ländern, Solidarität zwischen allen Deutschen wird aber nur dann mehr sein als erzwungener Verzicht und erzwungene Belastung, wenn es sozial gerecht zugeht. Solidarität und soziale Gerechtigkeit das sind zwei Seiten einer Medaille.

Für viele Menschen in der ehemaligen DDR ist, wenn ich es richtig sehe, die westdeutsche Gesellschaft ein lebendiges Beispiel dafür gewesen, daß Deutsche eine zweite demokratische Chance hatten und daß sie sie genutzt haben. Für viele ist die Bundesrepublik, die alte damals, ein Vorbild geworden, für Freiheit, für politische Stabilität, für wirtschaftlichen Erfolg und für soziale Sicherheit. Nur haben sich die Ostdeutschen mit dem Fall der Mauer ihre Chance für Freiheit und Solidarität in Demokratie erstritten. Sie haben zum erstenmal auf deutschem Boden erfolgreiche Revolutionsgeschichte geschrieben und sie haben damit ein Stück von jener historischen "Verspätung" wettgemacht, die für die Geschichte der Deutschen bis dahin so charakteristisch war.

Der Geschichte müssen wir uns gemeinsam stellen

Wir erinnern uns, der 9. November 1989, das war ein Volksfest im wahrsten Sinne und damit anderen gelungenen Revolutionen sehr ähnlich. Aber über der großen und echten Freude an der Einheit haben viele die wirtschaftlichen, die sozialen, die mentalen Probleme des Zusammenwachsens nicht wahrgenommen oder nicht wahrnehmen wollen.

Es zeigt sich jetzt, die Lebensbedingungen verbessern sich nach der Wende nicht so und vor allem nicht so schnell wie viele das gehofft und manche es versprochen haben.

Im Gegenteil, Arbeitslosigkeit nimmt zu, Preise und Mieten steigen ständig. Der Verlust an sozialer Sicherheit, zunehmende Existenzangst drohen, der gewonnenen Freiheit ihren Glanz zu nehmen. Und müssen wir nicht alle mit Sorge beobachten, daß das Verschwinden der Mauer vor vier Jahren andere Mauern um so sichtbarer werden läßt? Wenn uns die Vergangenheit - oder besser das Bild, das wir von ihr haben -, nicht spalten soll, dann müssen wir uns der Geschichte, ihrer Interpretation und ihrer Einordnung, gemeinsam stellen - um unserer gemeinsamen Zukunft willen. Das ist keine leichte Aufgabe, aber wir müssen sie annehmen, weil sonst

die Last der Geschichte unerträglich wird und sich die Schatten der Vergangenheit schwer über unsere gemeinsame Zukunft legen werden.

Wir Deutschen haben in den vergangenen 75 Jahren wie kaum ein anderes Volk tiefreichende Umbrüche erlebt. Und der Absturz in die Barbarei des Nationalsozialismus hat uns mehr als andere Nationen mit Problemen der individuellen Schuld und der historischen Verantwortung konfrontiert. Da macht die Frage, wie wir uns den Problemen gestellt haben, durchaus Sinn. Denn sie kann ja auch Aufschluß darüber geben, warum wir geworden sind, was wir sind.

1918 wurde die Auseinandersetzung um Ursachen und Verlauf des 1. Weltkrieges, ich habe davon erzählt, zum Schaden der demokratischen Gegenwart umgedeutet. In viel stärkerem Maße als 1918 mußte 1945 gefragt werden, nach persönlicher Schuld und Verstrickung, nach Anpassung oder auch nach Widerstehen. Im Westen ist der Nationalsozialismus zunächst überwiegend "beschwiegen" worden. Die DDR erklärte sich vom Verlierer zum Sieger und machte den Antifaschismus zur "Staatsidee".

Beide haben auf ganz unterschiedliche Weise dem Ziel gedient, die Legitimität einer neuen staatlichen Ordnung zu begründen. So ist die kritische Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit für lange Zeit auf beiden Seiten blockiert gewesen. Jetzt, nach 1989, dürfen weder Umdeuten noch Verdrängen die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der DDR und mit dem komplizierten Verhältnis zwischen Deutschland West und Deutschland Ost bestimmen. Wir wissen aus unserer jüngsten Geschichte, Vergangenheitsbewältigung hat immer zwei Seiten - eine juristische und eine historische. Die eine kann die andere nicht ersetzen. Die juristische muß rasch erfolgen, die historische braucht Zeit. Aber da müssen wir darauf achten, daß nicht Effekthescherei, daß nicht kurzfristige politische Vorteile unseren Umgang mit der eigenen Geschichte bestimmen.

Wenn die ideologische Weltsicht der Machthaber gestern nicht noch im nachhinein triumphieren soll, dann müssen die Dokumente, die sie hinterlassen haben, als das genommen werden, was sie sind - bestenfalls die halbe Wahrheit. Isoliert und für sich genommen, können halbe Wahrheiten verheerender sein, als ausgewachsene Lügen.

Wenn wir nicht wollen, daß die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit unsere Gegenwart erdrückt, dann muß unser Handeln bestimmt sein von der Suche nach der gemeinsamen Zukunft. Weder von Abrechnung und Rache, noch vom Drang nach dem angeblich möglichen Schlußstrich.

Gemeinsame Zukunft kann man nur gewinnen durch eine Versöhnung, die die Opfer nicht mißverstehen können als ein "Schwamm drüber", wie es Friedrich Schorlemmer einmal formuliert hat.

Verbrechen dürfen nicht ignoriert und nicht bei Seite geschoben werden. Unrecht muß bestraft werden, damit Rechtskultur und Rechtsstaat keinen Schaden nehmen. Aber nur Handlungen dürfen bestraft werden, nicht Gesinnungen. Wir müssen die Menschen in Ost- und Westdeutschland dafür gewinnen, die Auseinandersetzung mit den deutschen Diktaturen als gemeinsame Aufgabe anzunehmen, dann können wir die Last der Vergangenheit gemeinsam tragen. Nicht weil wir in kollektiver Schuld stünden, sondern weil wir uns der Verantwortung vor der Geschichte, der gemeinsamen Verantwortung, nicht entziehen dürfen. Wenn wir das beherzigen, meine Damen und Herren, dann kann aus einem Stück einmaliger, weil gelungener Revolutionsgeschichte auch ein Stück erfolgreicher gemeinsamer Demokratiegeschichte werden. Dann würde sich der Wunsch rechtfertigen und bestätigen, den Martin Walser im Herbst 1989 treffend formuliert hat. Er wünscht, daß "uns Deutsche Geschichte auch einmal gelingt". Ich danke Ihnen.

(/17. Februar 1994/rs/ks/fr)
